

Pressemitteilung

Jusos: „Stadtentwicklung und Umweltschutz sind kein Widerspruch!“

Die Jusos Region Hannover sind empört über die Herangehensweise der CDU- und FDP-Ratsfraktionen an die Baumschutzsatzung der Stadt Hannover. „Durch diese Polemik werden in Bezug auf die Satzung private Interessen über die des Gemeinwohls gestellt“, so Heiderose Hoja, stellvertretende Vorsitzende der Jusos Region Hannover. Das Grünflächenamt der Stadt blicke stolz auf eine erfolgreiche Präventionsarbeit in Sachen Baumfällung zurück, die ohne eine gesetzliche Vorgabe so nicht möglich gewesen wäre.

„Die Zahlen sprechen für sich: 1000 bis 1500 Bäume wurden vor dem Abholzen bewahrt, 300 Anträge zurückgezogen, rund 200 Fällungswünsche abgelehnt.“, so Hoja weiter, „warum kahle Stellen in der Stadt provozieren, wo Bäume doch eine höhere Lebensqualität durch bessere Luft und ein schöneres Stadtbild versprechen?“ Zudem habe SPD-Ratsherr Manfred Müller bereits darauf hingewiesen, dass die Mehrheit der Bevölkerung Hannovers hinter der Satzung stehe.

Die FDP hält die Satzung nach eigenen Angaben für verzichtbar, weil niemand die Bäume in seinem Garten im großen Stil abholzen würde, wenn die Baumschutzsatzung nicht mehr gelte. „Damit überlässt der FDP-Politiker den Baumbestand jedoch der Barmherzigkeit der Bürger und vergisst in seiner Kurzsichtigkeit, dass durch das Außerkrafttreten der Satzung auch die Ersatzpflanzungen entfallen“, erklärt die Jungsozialistin.

Hannover ist laut Jusos hier einfach ein positives Beispiel, dass Stadtbegrünung erfolgreich sein kann.